



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreigespaltene Petitzeile 50 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 16.—22. September ist die Beitragsmarke in das mit 38 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Warnungssignale!

I.

Offenbar hat die deutsche Arbeiterschaft alle Ursache, mit gespannter Aufmerksamkeit ihr Augenmerk darauf zu richten, daß sie bei der Neugestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege nicht unter den Schlitzen gerät. Sie hat alle Veranlassung, mit scharfen Blicken die Vorgänge in unserem Wirtschaftsleben zu verfolgen und ihre Maßnahmen dahin zu treffen, daß ihre Interessen in jeder Beziehung und nach allen Richtungen hin gewahrt bleiben. Die wirtschaftlichen Umwälzungen, die der Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft mit sich bringen wird, sowie die grundlegenden Veränderungen, die sich in der künftigen Friedenszeit in unserem Wirtschaftsleben vollziehen werden, bergen große Gefahren in sich für die Gestaltung der wirtschaftlichen Lage des deutschen Proletariats. Und da es den Arbeitern und Arbeiterinnen durchaus nicht gleichgültig sein kann, wie sich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nach Beendigung des Krieges gestalten werden, so ist es ihre Pflicht, und es liegt auch in ihrem ureigensten Interesse, daß sie zielbewußte Wirtschaftspolitik treiben. Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, als wirtschaftliche Interessenvertretungen der Arbeiter frühzeitig und tatkräftig einzugreifen und Vorteile zu erringen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, werden nach Schluß des Krieges wirtschaftliche Kämpfe von nie gekannter Schärfe entbrennen, da das Unternehmertum, das durch die „Arbeitgeber-Zettung“ vertreten wird, keine Lust bezeigt, auf einen geringen Teil seines Gewinns und seiner Alleinherrschaft zu verzichten. Da andererseits die Massenbewußten Proletariats auf der Durchsetzung ihrer Ansprüche und Forderungen bestehen, so muß es zu einem Kampfe kommen, der mit wirtschaftlichen Mitteln und zu wirtschaftlichen Zwecken geführt wird. Aus diesem Grunde würde es ein verhängnisvoller Fehler sein, wollte das deutsche Proletariat seine gesamte Kraft lediglich auf die Erringung politischer Vorteile richten und darüber die auf wirtschaftlichem Gebiete drohenden Gefahren übersehen. So notwendig das volle Mitbestimmungsrecht in Staat und Gemeinde ist und so hoch man die politische Freiheit eines Volkes schätzen muß, ebenso wichtig ist es aber auch, die wirtschaftliche Lage der Unterschichten nicht nur vor einer Verschlechterung zu schützen, sondern im Gegenteil sie zu verbessern.

Bei der Beurteilung der proletarischen Lebenshaltung kommt es vor allen Dingen auf die Höhe des Arbeitslohnes an, und zwar muß der Lohn so hoch sein, daß der Arbeiter damit den Bedarf für sich und seine Familie ausreichend zu decken vermag. Daraus folgt, daß die deutsche

Arbeiterschaft alles daran setzen muß, um ein Herabdrücken der Arbeitslöhne zu verhindern. Allerdings sind die Löhne in manchen Erwerbszweigen gegenwärtig hoch, aber hier trägt der Schein, denn bei näherer Betrachtung sieht man sofort, daß die Löhne im Verhältnis zu den Lebensmittelpreisen gegen früher nicht höher, sondern niedriger geworden sind, weil man dafür nicht mehr, sondern weniger kaufen kann als früher. Damit erledigt sich ohne weiteres das Gerücht über die angeblich so hohen Arbeitslöhne. Nun steht aber schon heute fest, daß die Lebensmittelpreise auch in der künftigen Friedenszeit noch auf Jahre hinaus sehr hoch bleiben und daß die Wohnungsmieten vernünftig noch steigen werden. Die Leuerung wird noch lange anhalten, weil die Lebensmittelfuhr aus dem Auslande einstweilen sehr knapp sein wird und weil überhaupt erfahrungsgemäß die Lebensmittelpreise sehr leicht emporspringen, aber nur sehr langsam wieder heruntergehen. Die Lebenshaltung aller Bevölkerungsschichten wird nach dem Kriege dauernd viel kostspieliger sein und bleiben als vor dem Kriege, und unter dieser Leuerung werden besonders die proletarischen Schichten am meisten zu leiden haben. Hinzu kommt noch, daß die Lasten und Abgaben, die der Weltkrieg für jedes Volk im Gefolge hat, auch das Proletariat sehr drücken werden. Dies ist um so schlimmer, weil die bestehenden Klassen mit hohem Einkommen eher imstande sind, diese Lasten auf fremde Schultern abzuwälzen, während die Unterschichten hierzu nicht in der Lage sind. Unter diesen Umständen ist es geradezu eine Lebensfrage für das deutsche Proletariat, daß es dem Unternehmertum nicht gelinge, die Kriegslöhne ohne weiteres wieder auf den Stand der Friedenslöhne herabzudrücken, weil dann die Lebenshaltung der Volksmassen ungemein verschlechtert und das Massenelend eine erschreckliche Höhe erreichen würde.

Tatsächlich geht das deutsche Unternehmertum, wenigstens soweit es sich um das berüchtigte Scharfmacherorgan „Die deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ handelt, mit dem Plane um, eine wesentliche Herabsetzung der Arbeitslöhne nach dem Kriege vorzunehmen. Schon seit längerer Zeit ertönt in diesen Kreisen immer wieder die Klage, daß die Arbeitslöhne unter dem Druck der Kriegszeit auf „eine unheimliche, ungerechtfertigte und unverhältnismäßige Höhe“ gestiegen seien. Während man kein Wort hört über die Kriegsgewinne der Fabrikanten, Landwirte und Händler, die demnach als durchaus berechtigt und zeitgemäß angesehen werden, während von jener Seite auch nicht ein Wort geschrieben wird über die wahnsinnigen Preise aller Lebensmittel, die die hohen Löhne wieder aufsteigen, wird lediglich und ausschließlich auf die Löhne eingewirkt durch die Behauptung, daß die Arbeiter viel zu viel verdienen. Dabei wird hingewiesen auf die ungünstigen Verhältnisse der Beamten und Privatangestellten, deren Gehalt verhältnismäßig nur wenig gestiegen sei, und es wird mit sittlicher Entrüstung geschimpft

über den unerhörten Luxus, der gegenwärtig von den gutbezahlten Arbeitern und deren Frauen getrieben werde. Die unverhältnismäßig hohen Arbeitslöhne, so wird gesagt, deren jetzige Höhe auch durch die gewaltige Steigerung der Kosten der Lebenshaltung nicht gerechtfertigt ist, hat nur dazu geführt, daß der Luxus in den Kreisen der Arbeiter und deren Angehörigen mit der Dauer des Krieges immer mehr zugenommen hat. Und diese Arbeitslöhne, so wird weiter behauptet, sind auch Schuld an den hohen Warenpreisen, weil sie die Herstellungskosten wesentlich verteuern. Darum ist es höchste Zeit, daß mit Lohnherabsetzungen vorgegangen wird, wenn nicht schon während des Krieges, so doch wenigstens gleich nach Friedensschluß.

Wir würden unsere Leser und Leserinnen beleidigen, wenn wir hieran auch nur eine einzige Silbe der Widerlegung verschweigen wollten. Eine solche „Beweisführung“ richtet sich selbst. Alles, was von den hohen Löhnen und dem Luxus der Arbeiter und Arbeiterinnen geschrieben wird, hat ja lediglich den Zweck, für eine Herabsetzung der Arbeitslöhne Stimmung zu machen und die erforderlichen Maßnahmen vorzubereiten. Es herrscht offenbar die Absicht vor, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die nach Friedensschluß unvermeidlich sind, auf Kosten des Proletariats zu beflechten. Die deutsche Arbeiterklasse soll die Zechen bezahlen, während an den Gewinnen der industriellen und agrarischen Kapitalisten nicht gerüttelt werden darf. Das Unternehmertum vertritt ausschließlich seine eigenen Interessen, wenn es auch bei jeder Gelegenheit sein warmes Herz für das Wohl des Arbeiterstandes hervorhebt und von der „Förderung der Gesamtinteressen der deutschen Volkswirtschaft“ redet. Wehe uns, wenn wir nicht wachsam sind!

Reform der Arbeiter- und Angestelltenversicherung.

Von Hermann Wollenbuhr.

S.A.K. In der „Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft“ wurde die Frage ange-regt, ob es nicht geboten sei, die Angestelltenversicherung mit der Arbeiterversicherung zu verschmelzen. Die Vertreter dieser Ansicht weisen mit Recht darauf hin, daß die Verwaltung der Angestelltenversicherung ungläubliche Summen an Geld und Menschenkräften verschlingt. Sehr bald werden in der Zentralverwaltung 3000 Beamte und Angestellte beschäftigt sein. Die Verwaltungskosten werden bald 10 Prozent der 140 Millionen Mark betragenden Prämieinnahmen übersteigen. Da sei ernsthaft zu prüfen, wie Geld und Menschenkräfte gespart werden können. Das Geld kann man besser für die Zwecke der Versicherung verwenden, und mit Menschenkräften wird man nach dem Kriege zerstörtes Wirtschaftsleben wieder aufbauen wollen. Auch wird darauf hingewiesen, daß der politische

Grund, die Angestellten von den Arbeitern zu trennen, heute nicht mehr geltend gemacht werden kann. Erstens hat das Gesetz über die Angestelltenversicherung den Zweck nicht erreicht, denn mehr als 70 Prozent der Angestellten sind durch die Reichsversicherungsordnung außer gegen Krankheit und Unfall auch gegen Invalidität und Alter versichert. Für sie ist die Angestelltenversicherung eine reine Zusatzversicherung, und zweitens hat der Krieg die alten Trennungsgrenzen verwischt. Die Arbeiter und Angestellten, die im Wirtschaftsleben teils durch Standesvorurteile getrennt waren, haben auf den Schlachtfeldern als treue Kameraden Schulter an Schulter gekämpft. Man kommt daher in den Kreisen der Versicherungsmathematiker zu der Forderung, die 1911 bei Schaffung des Angestelltenversicherungsgesetzes von den Sozialdemokraten vertreten wurde, durch Ausbau der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung die Angestelltenversicherung überflüssig zu machen.

Gegen die Beseitigung der Angestelltenversicherung werden dieselben Gründe ins Feld geführt, die seinerzeit für die Schaffung dieser Versicherung angeführt wurden. Man sagte immer, die Hilfe, die die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung bietet, reicht nicht aus zur Befriedigung der Bedürfnisse der Angestellten. Dabei wurde wenig die Frage erwogen, ob es unmöglich sei, die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung in der Reichsversicherungsordnung so auszubauen, daß sie den Ansprüchen der Angestellten genüge.

Stellt man die Leistungen beider Versicherungszweige nebeneinander, dann zeigt sich keineswegs eine zweifelsfreie Ueberlegenheit der Angestelltenversicherung. Ich wähle als erste Probe die Ansprüche eines Doppelversicherten mit einem Gehalt von 1300 Mark. Also ein Angestellter, der in der Invalidenversicherung in der Lohnklasse V und in der Angestelltenversicherung in der Gehaltsklasse D versichert ist. Er hat in der Invalidenversicherung wöchentlich 50 Pfg. und in der Angestelltenversicherung monatlich 6,80 Mk. Beitrag zu zahlen. In zehn Jahren also 260 Mk. Beiträge für die Invalidenversicherung und 816 Mk. in der Angestelltenversicherung. Für diese Beiträge erwirbt er folgende Ansprüche:

	Invalidenversicherung der R.-V.-D.	Angestelltenversicherung
Invalidenrente	212,40 Mk. und 21,24 Mk. für jedes unter 15 Jahr alte Kind	204 Mk.
Witwenrente	98,72 Mk.	81,60 Mk.
Waisenrente für jedes Kind	49,36 Mk.	16,32 Mk.

Hierbei ist zu bemerken, daß die Invalidenrente aus der R.-V.-D. erst erworben wird, wenn der Versicherte in seiner Erwerbsfähigkeit auf weniger als ein Drittel gleichwertiger Ar-

beiter herabgesunken ist, während die Rente der Angestelltenversicherung schon gewährt wird, wenn der Versicherte in seinem Beruf nicht mehr die Hälfte von dem erwerbten kann, was ein gleichartiger Angestellter erwirbt, oder wenn er das 65. Lebensjahr überschritten hat. Die Witwenrente wird in der Invalidenversicherung nur an invalide Witwen, in der Angestelltenversicherung an alle Witwen gezahlt. Die Waisenrente wird in der Invalidenversicherung nur bis zum vollendeten 15. Lebensjahr, in der Angestelltenversicherung bis zum vollendeten 18. Lebensjahr bezahlt. Die Renten aus der Invalidenversicherung sind höher, als sie aus den Beiträgen bezahlt werden können, weil zu jeder Invaliden- und Witwenrente 50 Mk. und zu jeder Waisenrente 25 Mk. Reichszuschuß gezahlt wird. Schon aus dieser einfachen Zusammenstellung ergibt sich, daß die Waisen der Angestellten unter allen Umständen ungünstiger gestellt sind als die Waisen der Arbeiter. Das wird auch durch die Zahlung bis zum vollendeten 18. Lebensjahr nicht ausgeglichen. Ein nach dem Tode des Ernährers geborenes Kind eines solchen Doppelversicherten würde aus der Invalidenversicherung 15 mal 49,36 Mk. = 740,40 Mk. und aus der Angestelltenversicherung 18 mal 16,32 Mk. = 293,76 Mk. erhalten. Hinterläßt der Angestellte eine große Kinderfamilie, dann ist die Witwe mit den Kindern trotz der Witwenrente schlechter gestellt als die Witwe des Arbeiters. Eine Witwe mit drei Kindern würde 81,60 Mk. Witwenrente und 3 mal 16,32 = 48,96 Mk. Waisenrente, also 130,56 Mk. aus der Angestelltenversicherung, aber aus der Invalidenversicherung 3 mal 49,36 Mk. Waisenrente = 148,08 Mk. erhalten. Die Kinder der Doppelversicherten aus Lohnklasse V und Gehaltsklasse D haben nach zehnjähriger Beitragszahlung des Versicherten noch die gleiche Rente, die der Angestellte der Gehaltsklasse J in zehn Jahren durch 3192 Mk. Beiträge für seine Kinder erwirbt. Hier ist also ein schwacher Punkt der Angestelltenversicherung, der von den Hinterbliebenen bald bitter empfunden wird. Bei Gehaltsklasse F ist die Doppelversicherung nicht mehr. Hier werden die Waisen rein auf die Rente der Angestelltenversicherung angewiesen sein. Sie erhalten nach zehnjähriger Beitragsleistung des Vaters eine Jahresrente von 31,68 Mk., also nicht ganz 9 Pfg. pro Tag. Die Angestellten tun gut, wenn sie die Invalidenversicherung freiwillig fortsetzen. Sie sichern im Falle ihres Ablebens ihren Kindern eine bessere Waisenrente als durch die Angestelltenversicherung. Und doch gibt auch die Invalidenversicherung nicht die Hälfte der Summen für Waisenrenten aus, die man in Rechnung setzte, weil man fast drei Mal so viele Waisen erwartete, als tatsächlich kommen.

Will man aber die Angestelltenversicherung überflüssig machen, dann muß mit einem Grundfehler der Arbeiterversicherung gebrochen werden.

Man muß den vollen Arbeitsverdienst der Arbeiter versichern und entsprechend dem Lohn Beiträge erheben. In der Angestelltenversicherung wird durchschnittlich 7 Prozent des Gehalts als Beitrag erhoben. Wie ist es aber bei der Invalidenversicherung? Setzt man als Lohnhöhe 250 Mk. Jahresarbeitsverdienst, dann ergibt es folgende Aufspaltung:

Jahresverdienst	Lohnklasse	Wochenbeitrag	Jahresbeitrag	Jahresbeitrag für je 250 Mark Jahresverdienst
Mk.		Pfg.	Mk.	Pfg.
250	I	18	9,36	936
500	II	28	18,52	978
750	III	34	17,68	889 1/3
1000	IV	42	21,84	846
1250	V	50	26,—	820
1500	V	50	26,—	833 1/3
1750	V	50	26,—	871 1/3
2000	V	50	26,—	825

Da 1 Pfg. Beitrag die Grundlage für die Berechnung der Höhe der Renten ist, bleibt die Rente um so weiter hinter dem Lohn zurück, je höher der Lohn ist. Hätte man die Beiträge so abgestuft, wie die angeblich versicherten Lohnsummen, dann wäre man zu Rentenhöhen gekommen, die auch den Angestellten genügt hätten. Wäre in der Invalidenversicherung etwa folgende Klasseneinteilung mit nebenstehenden Beiträgen gewesen, dann wäre man ganz automatisch zu annehmbaren Renten gekommen.

Lohnklasse	Jahresarbeitsverdienst	Durchschnitt	Wochenbeitrag	Jahresbeitrag
		Mk.	Pfg.	Mk.
I bis 350	Mk.	250	18	9,36
II 350—550	Mk.	450	32	16,64
III 550—850	"	700	50	26,—
IV 850—1150	"	1000	72	37,46
V 1150—1550	"	1350	98	50,96
VI 1550—1950	"	1750	126	65,52
VII 1950—2450	"	2200	158	82,16

In dem Invaliden- und Altersversicherungsgesetz vom 22. Juni 1889 gab man für alle Klassen den gleichen Grundbetrag und für die höheren Beiträge in den Klassen II bis IV für jeden Pfennig Mehrbetrag 0,7 Pfg. Steigerung mehr. Von den Beiträgen der Lohnklasse VII wären 112 Pfg. auf die früheren Leistungen der Invalidenversicherungsgesetzes und 46 Pfg. auf die neuen Leistungen entfallen. Demnach hätte man geben können für 14 Pfg. Wochenbeitrag 60 Mk. Grundbetrag und 2 Pfennig Steigerung und 98 mal 0,7 Pfg. Steigerung = 68,6 Pfg., also rund 70 Pfg. Steigerung. Dann hätten schon die Beiträge für 10 Jahre eine Rente von 50 Mk. Reichszuschuß, 60 Mk. Grundbetrag und 364 Mk. Steigerung, also 474 Mk. gebracht, die durch je 52 Wochenbeiträge um weitere 36,40 Mk. gestiegen wäre. Man hätte durch 2000 Wochenbeiträge eine Jahresrente von 1510 Mk. erreicht. Renten in der Höhe hätten den Angestellten auch genügt. Die ganze Agitation für die Sonderversicherung hätte

Der Arbeitsbursche.

Skizze von Pan.

(Schluß.)

Eine halbe Stunde später begrüßten sie einander. Der Prokurist war sehr verwundert: „Auf Deine alten Tage, Wiedemann?“

„Was hilfst's, Lämmle. Der Dien muß.“

Der andere blickte ihn mitleidig durch die Brille an: „Wenn Du Kaufmann wärst... Zu tun ist ja die Menge... Militärleistungen... Aber wir machen doch keine Schösser an die Mäntel und Hosen...“

Wiedemann blickte in den Saal. Es wimmelte dort von Leuten, die schwere Zeuglasten schleppten, zählten, verpackten.

„Fahrstuhlführer bist Du auch nicht.“ Lämmle sann nach. „Ich weiß wirklich nicht... Auch wo anders... keine Ahnung... Und 'n Rat? Was soll ich Dir raten? ... Wenn man so griechen die Ohren geworden ist, wie wir beide, und sitzt dann nicht irgendetwas fest... Du weißt es selber.“

Wiedemann nickte. Und immer wieder lehrte sein Blick zu einer Ecke des Saales zurück, wo junge Burschen die fertigen Pakete an den Fahrstuhl schleppten.

„Das könnt' ich auch noch.“

„Was?“ Lämmle lächelte. „Das? Arbeitsbursche für fünfzehn Mark?“

„Irgend was.“

Der Prokurist schüttelte den Kopf. „Das könnt' ich nicht mit ansehen, Wiedemann.“

„Betteln will ich nicht, Lämmle. Aber wenn Du's machen kannst...“

Der andere dachte nach: „Ne, so nicht. Aber wenn ich Dich da so als ersten Arbeiter hinstelle? Als eine Art Aufseher, der selbst mit anpacken muß? Leute, die bloß aufpassen, kann der Chef nämlich nicht leiden. Brüche brauchst Du Dir deshalb nicht zu heben. Aber — der Lohn. Ueber einundzwanzig könnt' ich nicht gehen.“

„Mensch!“ Wiedemann ergriff seine beiden Hände. „So 'n altes Brack wie ich — ich wäre ja heilfroh! Und unsere Emilie braucht sich nicht die Schwindsucht an 'n Hals zu nähern.“

„Abgemacht, Wiedemannchen. Junge, ich freue mich ja, wenn ich Dir 'nen Gefallen tun kann.“

„Ich weiß, Lämmle. Wir waren schon in der Schule gute Kameraden. Und daß Du nicht hochmütig und hartherzig geworden bist, wie so manche, rechne ich Dir hoch an.“

„Ach Gott.“ Lämmle lächelte resigniert. „Wenn dem Chef meine Nase nicht mehr gefällt, bin ich auch alle... Also auf morgen, was? Um acht fangen wir an.“

„Ich bin da. Adios.“

*

Vater Wiedemann ließ vergnügt seinen Regenschirm in der Hand schwingen. Eigentlich hätte er ihn aufspannen können, denn es regnete nun. Aber er vergaß es. Vergaß auch das Zwicken in den Knien und Zehen und wanderte in froher Laune durch die nassen Straßen. Ganz jung kam er sich vor, frisch und unverbraucht.

Der Regen beträufelte ihm Hut und Paletot, aber Vater Wiedemann bemerkte es nicht. Und wunderte sich, als er an seiner Straße stand, wie er so schnell dahin gekommen. Hatte gar keine Erinnerung vom Unterweg. Bin wohl rein geflogen, dachte er und las das Straßenschild. Ja, es stimmte wirklich.

Dann kramte er in den Taschen, zählte die letzten Ridel und schmunzelte. Zu einer kleinen Käseherlei für Hans und Klein-Annen reichte es, zu einem Päckchen Tabak auch noch.

Als er in die Wohnung trat, nahm Mutter Wiedemann gerade das Essen vom Herd.

„S, Du Rummelreißer.“ sagte sie. „Ich dacht' schon, Du bist heute Unter 'n Binden.“ Und mit einem Blick auf seinen triefenden Hut: „Gott behüte! Wo haben sie Dich denn ausgewaschen?“

„Es regnet, Mutter.“

„Durch 'n Schirm?“

keinen Boden gewinnen können. Die Angestellten würden versucht haben, ihre Sonderwünsche, Renten bei Berufsunfähigkeit und Witwenrenten für alle Witwen, im Rahmen dieses Gesetzes zur Durchführung zu bringen und für Angestellte mit höherem Gehalt neue Klassen aufzubauen.

Eine dem Lohn angepaßte Rente ist aber eben so großes Bedürfnis bei den Arbeitern wie bei den Angestellten. Die höheren Beiträge hätten sich noch aufbringen lassen. Einen Wochenbeitrag von 80 Pf. würde der Arbeiter mit mehr als 2000 Mk. Jahresdienst lieber zahlen als im Falle der Invalidität die Renten entbehren, die durch die höheren Beiträge erworben werden.

Unser Wirtschaftsleben hätte die Lasten auch tragen können. Es wäre ein Beitrag von nicht ganz 4 Proz. des Durchschnittslohnes gewesen, wovon die Unternehmer 2 Proz. hätten zahlen müssen. Darum muß die Agitation sich nicht darauf beschränken, die Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung zu verschmelzen, sondern es muß die Invalidenversicherung den Bedürfnissen der Arbeiter und Angestellten angepaßt werden. Das wird nun um so eher nötig sein als der Krieg eine völlige Umwälzung des Geldmarktes gebracht hat. Nach dem Friedensschluß werden die angeblich versicherten Lohnsätze von höchstens 6 Mk. für den Tag in der Krankenversicherung, 1800 Mk. und den Ueberschuß mit einem Drittel in der Unfallversicherung und die Höhe der Invalidenversicherung in keiner Weise mehr genügen. Die Kranken, die Verunglückten, die Invaliden und Witwen und Waisen werden der bittersten Not preisgegeben, wenn nicht sofort eine gründliche Reform der ganzen Versicherung einsetzt. Hierbei ist die Frage der Vereinheitlichung der Versicherung zu erwägen und ließe sich dann ein Weg finden, den Angestellten, entsprechend ihrer geleisteten Beiträge zur Angestellten-Versicherung, Vorteile zu gewähren.

Der Zweck der Versicherung ist, den Angestellten oder Arbeiter, der durch Krankheit, Unfall, Invalidität oder Alter seine Erwerbsfähigkeit eingebüßt hat, sowie die Hinterbliebenen der Verstorbenen vor Not und Verelendung zu schützen. Dieser Zweck wurde bisher nur unvollkommen erreicht. Bei dem Preisstand der Lebensbedürfnisse aber den wir jetzt haben und auch wohl in Zukunft haben werden, wird kein Rentnempfänger von der Rente leben können. Unsere ganze Arbeiter- und Angestelltenversicherung muß neu aufgebaut und den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen angepaßt werden. Durch die Not der Zeit wird die Gesetzgebung jetzt gezwungen, das durchzuführen, was 1910 bei Schaffung der Reichsversicherungsordnung verfaßt wurde. Man darf das ewig pulsierende Leben nicht in eine Schablone pressen wollen. Schon bei ruhiger Entwicklung sind Sozialgesetze in kurzer Zeit veraltet und zeigen sich dort die größten Härten, wo die Entwicklung am mächtigsten fortgeschritten ist.

„Den hab' ich geschont. . . Aber sei man stille und tu Essen auf 'n Tisch. Ich hab' mordsmäßigen Hunger. Die Stullen bring' ich wieder mit.“

„Waren Dir wohl nicht fett genug?“
„Hatt' keine Zeit zum Frühstück, Mutter.“
„Kud mal an! Sechserrentier und keine Zeit! Hast gehört, Milchen?“

Die junge Frau erhob sich von der Nähmaschine und setzte sich mit den andern an den Esstisch.

„Vaterken“, sagte sie, „mit Dir ist was.“
„Kann schon sein, Milchen.“ Er zwinkerte ihr lustig zu.

„Da bin ich aber neugierig.“ Mutter Wiedemann füllte die Teller. „Lotterie spielt er ja nicht und Hundertmarkscheine kann er nicht machen, Einbrüche verübt er nicht und finden tut er nicht, das weiß ich.“

„Vielleicht doch, Mutterken.“
„Großvater, hast Du was gefunden?“ Hans blickte ihn gespannt an.

„Ja, mein Junge. Es steckt in der Paletot-tasche. Wenn wir mit Essen fertig sind, kannst es holen. Aber gib Klein-Annen was ab.“

„Annen was ab,“ sagte die Kleine.
„Ich glaube gar, Du gibst unnütz Geld aus.“ Mutter Wiedemann hatte Lust, zornig zu werden.

Wenn aber, wie es jetzt durch den Krieg geschieht, alle Verhältnisse umgestürzt werden, da müssen alte Versicherungsgeetze völlig umgestaltet und den neuen Verhältnissen angepaßt werden.

Hundschau.

Der Lederarbeiterverband im Jahre 1916. Zu Beginn des Jahres 1916 zählte der Verband einschließlich der im Heeresdienst stehenden Mitglieder 12 900 männliche Mitglieder; dazu 1745 weibliche; insgesamt betrug der Mitgliederstand also 14 645. Die Mitgliederbewegung des Verbandes ist durch die lange Kriegsdauer und die umfangreichen Einberufungen zum Heeresdienst auch weiter sehr ungünstig beeinflusst worden. Einem Zugang von 1914 Mitgliedern steht unter Einrechnung der Einberufungen ein Abgang von 3060 Mitgliedern gegenüber, das ist ein Minus von 1146. Am Schluß des Jahres waren 12 896 männliche und 1736 weibliche, insgesamt 14 631 Mitglieder unter Einrechnung der zum Heere eingezogenen vorhanden.

Die Arbeitslosigkeit ist in der Handschuhindustrie, Bekleider- und Lohgerberei gegenüber dem Vorjahre erheblich zurückgegangen, nur bei den Arbeiterinnen nahm die Arbeitslosigkeit zeitweise zu.

Lohnbewegungen sind im Berichtsjahr 88 geführt worden, wovon 2 durch Arbeitseinstellung und 86 ohne Arbeitseinstellung ihren Abschluß fanden. Sämtliche Bewegungen waren Angriffsbewegungen. In der Hauptsache wurden Zeuerungszulagen erreicht, die allerdings im Vergleich mit der fortschreitenden Zeuerung in einem trassen Mißverhältnis stehen. An den Bewegungen, die sich auf 80 Orte für 220 Betriebe erstreckten, waren 2552 Personen (darunter 236 weibliche) beteiligt. Für 3967 Personen wurden Lohnerhöhungen von insgesamt 11 695 Mk. wöchentlich und für 50 Personen eine Arbeitszeitverlängerung um 125 Stunden erreicht. — Gegenüber dem Jahre 1915, das keine Tarifvertragserneuerungen, sondern nur verlängerungen verzeichnete, sind im Jahre 1916 11 Verträge für 28 Betriebe mit 325 Personen neu zum Abschluß gelangt. Gefährdet, abgelassen und nicht erneuert wurden 36 Verträge für 69 Betriebe mit 1363 Beschäftigten; verringert hat sich die Zahl der Verträge im Berichtsjahr um 25 für 41 Betriebe mit 1038 Beschäftigten, so daß der Bestand am Jahreschluß noch 86 Verträge für 296 Betriebe mit 7456 (in normalen Zeiten) beschäftigten Personen betrug. Die zahlreichen Einzelschlüssen der Mitglieder zum Heere übten naturgemäß auf die Massenverhältnisse eine sehr nachteilige Wirkung aus. Die Reineinnahmen sind im Jahre 1916 auf 206 198 Mk. noch weiter gesunken. Die Reinausgaben haben sich allerdings auch von 220 729 Mk. im Jahre 1915 auf 198 618 Mk. im Jahre 1916 erniedrigt. Den Kriegereinfamilien flossen im Berichtsjahr 32 668 Mk. (seit Kriegsausbruch 105 283 Mk.) an Extratrutzungen aus Verbandsmitteln zu. Der Ver-

„Was Freude macht, ist nie unnütz, Mutter. Eigentlich leben wir doch, um uns zu freuen.“
„Das hab ich noch nicht gemerkt. Du, Milchen?“

Frau Emilie lächelte: „Weißte, Vaterken, Dich hätten sie ganz gut bei der Folter gebrauchen können — früher.“

„Ich weiß nicht, Milchen. Aber dann würd' mich das verdamnte Ding da, die Nähmaschine, wohl nicht so ärgern. Das will ich Dir nu man gleich fagen: von heute ab ist um acht Schluß damit. Mutter: punkt acht machst Du ihr den Deckel drauf und schließt ab.“

Den beiden Frauen blieb der Löffel auf halbem Wege zwischen Teller und Lippen stehen.

„Und ich muß von morgen an um sieben aus dem Haus, Mutter. Mit Futterage für den ganzen Tag. Abends um sechs bin ich wieder da.“

Mutter Wiedemann sprang auf: „Er hat sich Arbeit gesucht!“

Die junge Frau wurde ernst: „Nee, Vaterken, ist das wahr?“

„Stimmt, Milchen, stimmt. Jeder tut, was er kann, hast Du gesagt. Na, und Arbeitsbursche kann ich noch spielen.“

„Als Arbeitsbursche? Vaterken, Du, mit achtundsiebzehzig Jahren?“ Nun stand auch sie auf.
„Ist das ne Schande?“

mögensbestand des Verbandes hat sich von 217 666 Mark auf 225 246 Mk. zum Jahreschluß erhöht.

Der Verband der Hausangestellten im Jahre 1916. Die Agitation für diese Organisation ist durch den Krieg ziemlich gelähmt. Im Januar 1916 wurden Petitionen um Aufhebung der Gesindeordnungen an den preussischen Landtag wie an den Reichstag gerichtet. In beiden Körperchaften wurde darüber verhandelt, ohne daß ein anderes Ergebnis erzielt wurde als — Ueberweisung der Petitionen an die Regierung als Material. Weiter richtete der Verbandsvorstand Eingaben auf Erhöhung des Kostgeldes an die zuständigen Stellen der Städte mit der Begründung, daß heute bei der allgemeinen Preissteigerung der Lebensbedürfnisse eine Erhöhung des Kostgeldes unbedingt erforderlich sei. Leider wurden Eingabe wie Begründung nicht an allen Orten gleich gewürdigt, und es war der Erfolg daher nur sehr minimal. Die Antworten der einzelnen Stadtgemeinden sind in der Juni-nummer des Zentralorgans des Verbandes wörtlich bekanntgegeben. Durch die Rechtschutz-, Rat- und Auskunftsstellen, die in einzelnen Ortsgruppen eingerichtet sind, wurden auf gutlichem Wege 2774 Mk. herausgeholt; durch Inanspruchnahme der Gerichte wurden noch weitere 451 Mk. für die Mitglieder gerettet. Rat und Auskunft wurde an 3932 Mitglieder in den einzelnen Ortsgruppen erteilt.

Die Mitgliederziffer des Verbandes ist in allen Ortsgruppen mit Ausnahme von Kiel, Mündern und Mülfringen zurückgegangen und dementsprechend auch die Einnahmen an Eintrittsgeldern und Beiträgen um 1495,55 Mk. Große Scharen früherer Hausangestellten sind jetzt im industriellen Leben untergetaucht und schaffen und werken als Arbeiterinnen der Rüstungsindustrie.

Der Verband der Hausangestellten wird nach Beendigung des Krieges große agitatorische Arbeit leisten müssen.

Der Sonntag als Arbeitstag für Handlungsgehilfen. Eine für Verkäuferinnen wichtige Entscheidung hat das Reichsversicherungsamt unterm 12. Juni 1917 getroffen. Eine erwerbsunfähig erkrankte Handlungsgehilfin hatte von der zuständigen Krankenkasse wöchentlich für sechs Tage Krankengeld erhalten. Sie war jedoch der Auffassung, daß ihr auch für den siebenten Wochentag das Krankengeld zustehe, weil auch der Sonntag für sie als Arbeitstag zu gelten habe. Sie sei verpflichtet gewesen, an jedem Sonntag zwei Stunden zu arbeiten und habe dies auch stets getan. Die Kasse wurde auch von allen Versicherungsämtern entsprechend beurteilt. Das Reichsversicherungsamt führt zur Begründung aus, daß nach § 182 Nr. 2 der Reichsversicherungsordnung Krankengeld für jeden Arbeitstag zu zahlen ist. Zu der zweistündigen Beschäftigung komme noch der Weg zur Arbeitsstätte und der Rückweg. Eine Tätigkeit von solcher Dauer, dazu noch an Sonntagen ausgeübt, stelle eine so wesentliche Inanspruchnahme des Beschäftigten dar, daß durch sie der Begriff des Arbeitstages erfüllt wird. Der Umstand, daß die Arbeit an den Werk-

„Nee, ich weiß nicht. Aber — aber — wenn das Albert hört. . .! Wie oft hat er gesagt: Vater hat genug geschuftet. Und jetzt — als Arbeitsbursche. . . Ich glaub', der wird wild.“

„Das laß man. Das mach ich schon mit ihm aus. Schreiben brauch'ts ihm keiner. Die Hauptsache ist, daß er seine Frau gesund und munter zu Hause findet, wenn der Krieg vorbei ist. Mutter, noch mal: um acht den Deckel zu!“

„Das nehm ich nicht an, Vaterken. Das darf ich nicht annehmen. Ich bin noch nicht halb so alt wie Du!“

„Kind.“ Vater Wiedemann streichelte ihr die Wangen. „Eben deshalb. Weil Du noch mal so alt werden sollst! Und überhaupt“, er lächelte verschämt und zog das Päckchen Tabak hervor, „ich tu das ja meinetwegen. Versteht Du, damit ich meinen Tobak hab. Du weißt ja gar nicht, was ich für'n Egoist bin!“

Frau Emilie sah ihn an, mit hellen, freudigen Augen: „Vaterken, Du bist der größte Schwindler, den ich kenne!“

Und gab ihm einen Kuß.

„Hahaha,“ Vater Wiedemann lachte, daß ihm die Tränen in den grauen Bart kollerten, „hahaha.“

„Haha,“ krächte Klein-Annen. „Haha.“

tagen erheblich länger dauert, ist kein Grund, dem Arbeiter, der auch Sonntags tätig ist, die aus der Krankenversicherung fließenden Rechte für diesen Tag zu verweigern, um so weniger, als die soziale Gesetzgebung grundsätzlich auf tunlichste Einschränkung der Sonntagsarbeit gerichtet ist.

Zu den gewerkschaftlichen Streitigkeiten in Braunschweig. Eine Konferenz des Gewerkschaftsartikels des Herzogtums Braunschweig befaßte sich am 29. Juli in Langelsheim mit der Gründung eines Arbeitersekretariats durch die General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Stadt Braunschweig. Die Kartellkonferenz protestierte nach einem veröffentlichten Bericht gegen diese Gründung, steht in ihr nur Vergebend von Arbeitergroßen und eine Einrichtung, die nicht gewerkschaftlichen, sondern politischen, insbesondere parteipolitischen Zwecken diene.

Die General-Kommission legt nun im neuesten „Correspondenzblatt“ die Vorgänge aktenmäßig dar, die zur Gründung eines Arbeitersekretariats in Braunschweig führten. Danach handelte es sich zunächst um den Antrag des Braunschweiger Gewerkschaftsartikels, dem Arbeitersekretariat in Braunschweig, dessen Tätigkeit sich über das ganze Herzogtum erstreckt, vierteljährlich eine Unterstützung von 1000 M. bis zur Beendigung des Krieges zu gewähren. Die General-Kommission erklärte sich einverstanden, den Betrag als Darlehen herzugeben, da auch andere große leistungsfähige Kartelle, die in eine Notlage geraten sind, die Zuschüsse von der General-Kommission in Form von Darlehen erhalten.

Dem Gewerkschaftsartikell waren am 1. April 1916 nach eigenen Angaben 8807 Gewerkschaftsmitglieder angeschlossen, für die ein Quartalsbeitrag von 24 Pf. pro Mitglied an das Kartell gezahlt wurde. Am 26. Januar 1917 beschloß das Braunschweiger Gewerkschaftskartell, den Vorschlag der General-Kommission abzulehnen, auch weder eine Beitragserhöhung eintreten zu lassen, noch einen Extrazuschuß zu leisten, sondern es beschloß, die Einnahmen mit den Ausgaben in Einklang zu bringen und hierbei die Kündigung eines der beiden Sekretäre in Aussicht zu nehmen, da die Hauptarbeit des Sekretariats nicht von der Stadt Braunschweig, sondern vom Lande in Anspruch genommen werde. Im „Correspondenzblatt“ wird nun nachgewiesen, daß diese Behauptung falsch ist. Von insgesamt 8459 Besuchern des Sekretariats waren nur 666 von außerhalb erschienen. Von 10 649 Auskünften wurden 794 an außerhalb der Stadt Braunschweig Wohnende erteilt, und von den 2102 angefertigten Schriftsätzen waren nur 443 für Landbewohner ausgefertigt. Trotz dieser Irreführung der General-Kommission sandte diese einen Beauftragten nach Braunschweig, um über die Organisation des Bezirkssekretariats eine Einigung zu erzielen. Sie machte folgenden Vorschlag: Die Kommission übernimmt, falls nicht die Gewerkschaftskartelle des Bezirks zur Beitragsleistung sich bereit erklären, die Gesamtkosten für das Sekretariat. Sie stellt den Sekretär an, dem fünf Personen zur Seite zu stellen sind, die von den größeren Gewerkschaftsartikeln des Bezirks gewählt werden. Daß selbstverständliche Verlangen der General-Kommission, sich einen Einfluß auf die Verwaltung des Bezirkssekretariats zu sichern, wenn sie die Kosten dafür übernimmt, wurde vom Braunschweiger Kartell brüskell abgelehnt. Bereits am 20. März beschloß eine Kartellversammlung, beiden Arbeitersekretären wegen ihres politischen Verhaltens (Anhänger der Parteimehrheit) zu kündigen. Und da die Drohung, die Rechtsberatung für die Arbeiterschaft im Herzogtum Braunschweig einzustellen, in die Tat umgesetzt wurde, blieb der General-Kommission nichts weiter übrig, als die Kosten für das Bezirkssekretariat zu übernehmen. Beide Sekretäre hatten aber trotz all dem sehr gut nach wie vor in einem Bureau tätig sein können. Daß eine gemeinsame Tätigkeit nicht möglich wurde, ist nicht Schuld der General-Kommission. Aus politischem Haß wurde auch das gemeinsame Unternehmen der Gewerkschaften und der Partei am Orte, das Volkshaus, an den Rand des Ruins gebracht. Die General-Kommission mußte also so handeln, wie sie es getan hat.

Der Vorzug einer Versicherung vor der Spar-Kasse wird von diesen Leuten nicht richtig bewertet, weil sie sich vielfach durch die Lässigkeit täuschen lassen, daß bei Versicherungen die Gesamtsumme der bedingungsgemäß zu zahlenden Prämien im Erlebensfalle die Höhe der Versicherungssumme oftmals übersteigt. Sie übersehen jedoch, daß aus einer bei der Volksfürsorge abgeschlossenen

Versicherung im eintretenden Todesfalle die Versicherungssumme in ihrer vollen Höhe nach Ablauf des ersten Versicherungsjahres, bei einem eintretenden Unfall schon während des ersten Versicherungsjahres fällig wird. Bei der Spar-Kasse dagegen gelangt im Todesfalle eben nur der eingezahlte Betrag nebst Zinsen zur Auszahlung.

Die Praxis gibt die beste Lehre. Am 15. April 1914 versicherte sich der Spezialist für Naturheilkunde R. in Waldburg (Schlesien) nach Tarif I mit einer Prämienzahlungsdauer von 15 Jahren und einer Halbjahrsprämie von 5,— M. für eine beim Tode fällige Summe von 1500 M. Da er schon am 16. Juli 1917 starb, erhielt seine Witwe 1427,21 M. ausgezahlt. Bei der Spar-Kasse hätte sie nur etwa 400 M. erhalten können.

Eine bevölkerungspolitische Gehaltsstaffel. Als erster Ort Sachsens hat Zschopau eine bevölkerungspolitische Gehaltsstaffel geschaffen, die am 1. Juli 1917 in Kraft getreten ist. Sie gilt vorläufig als Teuerungstaffel, da nach den gesetzlichen Bestimmungen die Gemeinden auch über den Mindestsatz der Teuerungszulagen hinausgehen können, und bleibt nach dem Kriege als Gehaltsstaffel bestehen. Auch alle, die zum Heeresdienst eingezogen sind, treten schon jetzt in den Genuß der neuen Staffel. Die Stadtwartung ging, auf Anregung des Bürgermeisters Dr. Schneider, von dem Gedanken aus, daß ein Unterschied gemacht werden müsse zwischen Verheirateten und Unverheirateten, und daß auch die Kinderzahl auf die Bemessung der Alterszulagen maßgebend sein müsse. Unverheiratete bleiben auf den bisher geltenden Sätzen stehen (1500 bis 3200 M. Gehalt und 200 M. Wohnungsgeld), bekommen aber die gesetzlichen Teuerungszulagen.

Für Verheiratete gilt folgende Staffel:

Jm 24.—28. Lebensjahr 1900 M.	29.—31. "	32.—34. "	35.—37. "	38.—40. "	41.—43. "	44.—46. "	47.—49. "	50.—51. "	52.— "
2000	2200	2400	2600	2800	3000	3150	3300	3300	3700

Dazu auf allen Stufen 500 M. Wohnungsgeld. Für Verheiratete mit 3 und mehr Kindern tritt, wenn das 3. Kind das dritte Lebensjahr vollendet hat, folgende Staffelung ein:

Jm 24.—28. Lebensjahr 1900 M.	29.—31. "	32.—34. "	35.—37. "	38.—40. "	41.—43. "	44.—46. "	47.—49. "	50.— "
2000	2500	2700	2900	3100	3300	3500	3700	3700

Dazu auf allen Stufen 500 M. Wohnungsgeld.

Die Statistik des Buchdruckerverbandes vom 30. Juni erstreckt sich auf 28 828 Mitglieder gegen 28 527 am 31. März. Vollbeschäftigt waren 27 228 oder 94,1 Proz. (März 94,8 Proz.), in anderen Berufen waren 2,7 Prozent (2,76 Prozent) beschäftigt. 0,10 Proz. (0,90 Proz.) waren arbeitslos und 3,09 Prozent (2,76 Proz.) krank gemeldet. Die Erhöhung der Krantenziffer auf 1175 gegen 888 im März wird vom Verbandsorgan auf die Ernährungsverhältnisse und die Fäulung der Überstundenarbeit zurückgeführt. Die diesmalige Krantenziffer ist die größte, die je im Verbandsorgan festgestellt wurde. Selbst in Perioden großer Arbeitslosigkeit ging die Krantenziffer häufiger als über 8 Proz. der Verbandsmitglieder hinaus. — Die sonstigen Ziffern ergeben einen Rückgang, sowohl die Zahl der Arbeitslosen, als die der in anderen Berufen Beschäftigten. An Unterstützungen wurden im 2. Quartal gezahlt aus sämtlichen Kassen 382 867 M. gegen 395 954 M. im vorigen Quartal. In den drei Kriegsjahren zahlte der Verband insgesamt an Unterstützungen 9 910 832 M., darunter 2 272 285 M. freiwillige Familienunterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer. Auf das einzelne Kriegsjahr umgerechnet ergibt diese Summe eine jährliche Ausgabe von 3 308 444 M. und man wird dem „Korrespondent“ darin beistimmen müssen, daß diese riesen Summe „für eine einzelne Gewerkschaft, die mit der Zeit auf ein Drittel ihres Sollbestandes zusammengeschrumpft ist, jedenfalls ein Zeugnis größter Widerstandsfähigkeit, aber auch erfreulichen Opfermutes“ ist.

Dieser Urteil läßt sich aber glücklicherweise auch auf einen Verband der „nicht sachgeleiteten“ Arbeiter anwenden, auf den Fabrikarbeiter-Verband. Seine soeben veröffentlichten Zahlen über die Mitgliederbewegung in den drei Kriegsjahren sind sehr ermutigend. Beim Kriegsausbruch zählte

er 196 588 Mitglieder; dann setzte der Rückgang schnell ein und am 1. Januar 1916 waren nur noch 85 118 Mitglieder vorhanden. Von da an machte sich eine gewisse Stagnation in der rückläufigen Bewegung bemerkbar, im zweiten Quartal beginnt die Zahl der weiblichen Mitglieder zu steigen; ihr niedrigster Stand war 18 705 am 1. April 1916, am 1. Juli betrug sie schon 19 189 und am 1. Juli 1917 ist sie auf 30 076 gestiegen gegen 25 988 beim Kriegsausbruch. Der Rückgang bei den männlichen Mitgliedern, der besonders durch die Einberufungen beeinflusst wurde, hielt länger an und der Tiefstand in der Mitgliederzahl war hier erst mit 58 469 am 1. Januar 1917 erreicht. Seitdem geht es auch hier wieder aufwärts und am 1. Juli betrug die Zahl der männlichen Mitglieder 62 747 gegen 170 570 beim Ausbruch des Krieges. Werden die Eingezogenen als Mitglieder eingerechnet, so hatte der Verband am Ende des dritten Kriegsjahres nur 1580 Mitglieder weniger als beim Kriegsausbruch; 10 von den 15 Gauen hatten sogar mehr Mitglieder. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist in 10 Gauen höher als am 1. Juli 1914. Der Verband konnte so das dritte Kriegsjahr mit einem Mitgliederbestande von 93 101 beschließen, so daß der „Proletarier“ mit vollem Recht erklären darf: „Es ist nicht nötig, zu diesem Ergebnis noch viel zu sagen. Deutlicher als lange Auseinandersetzungen zeigt es die ungebrogene Kraft des Verbandes, das unerschütterte Vertrauen der Mitglieder. Allen Wetterstürmen des Krieges trotzend geht es vorwärts und aufwärts.“

Gingegangene Druckschriften.

Die Glocke, Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Barcus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 69). Das eben erschienene Heft 28 enthält u. a. folgende Artikel: Heinrich Cunow: Henderson, Renaudel u. Co. Ludwig Duesel, M. d. R.: Die Praxis des Parlamentarismus. Paul Umbreit: Zur Monopolfrage. Reinh. Welter: Zur künftigen Finanzlage der Städte. R. Schiller: Um die Existenz von 80 000 Bergarbeiterfamilien! Feinr. Dittreiter: Dich gilt's zu schützen, Heimat! Glossen. — Einzelpfiste 80 Pf., vierteljährl. 3,50 M. bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

„Wer trägt die Schuld am Kriege?“ Diese Frage hat der Genosse E. duard David in einer vor dem holländisch-standinischen Friedenskomitee in Stockholm am 6. Juli 1917 gehaltenen Rede beantwortet. Diese Rede ist unter vorstehendem Titel soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts in Berlin SW. 68 im Druck erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die imperialistischen Grundursachen. — Die Entente als Weltverteilungsmonopol. — Die Politik der Zentralmächte. — Die Einkreisung Deutschlands. — Die Größe der Gefahr für Deutschland. — Der Ausbruch der Krise usw.

Die Broschüre ist durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Preis beträgt 1,— M.

Briefkasten der Redaktion.

D. F. Neukölln. Ihr Eingelangt ist der konfuse Auffassung wegen nicht zu verwerten. Wenn Sie den Grundgedanken des „Werkblatt“ nicht verstehen, dürfen Sie von Lektorschaft doch noch lange nicht reden. Wissen Sie denn überhaupt was Lektorschaft ist? Nach Ihrem Eingelangt ist stark daran zu zweifeln.

Nachruf.

Am 16. August verstarb nach kurzem Krankenlager unser Mitglied

Arthur Friedrich

(G. Schwarz, Galvanoplastische Anstalt).

Am 1. September starb unerwartet unser treues Gründungsmitglied

Anna Hummel

(D. Spamer).

In allen Stämmen der Zeit hat die Kollegin seit 1898 treu zur Sache gehalten.

Das Andenken der Verstorbenen hält in Ehren

Die Bahnhalle Leipzig.